

Halleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

1912. Nr. 247. Zweite Ausgabe
Mittwoch, 29. Mai 1912.

Sozialdemokratie und Volksschule.

Aus Thüringen wird uns geschrieben: Die heranwachsende Jugend für die sozialistische Weltanschauung und Staatsauffassung zu gewinnen, bildet gegenwärtig eine der Hauptaufgaben der sozialdemokratischen Propaganda. Auf der ganzen Linie sind die Sendboten und Anhänger der Linkspartei in dieser Richtung tätig, sowohl in den dicht besiedelten Distrikten der Industriegebiete und der Großstädte, als auch in den kleinen Städten und Ortschaften der Provinz und des platten Landes. Und überall lassen sich Spuren, daß die verhängnisvolle Auslastung sozialistischer Jugendüberzeugung Wurzeln schlägt, zeigt sich ein Geist der Auflehnung und der Unzufriedenheit, die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung, der alle wahren Vaterlandsliebenden mit der ernstesten Sorgfalt in die Zukunft ihres Volkes erfüllen muß. Denn daß die zahlreichen Beispiele überhandnehmender Verrohung und Verwilderung der heranwachsenden proletarischen Jugend in erster Linie auf das Schuldkonto der sozialdemokratischen Aufweckung und Verberbung zu setzen sind, kann niemandem mehr zweifelhaft sein, der sich gegenwärtig, mit welchen Mitteln die sozialdemokratische Parteipresse arbeitet, um die schuldlosen Jugend aufzureizen und für die Sache der Linkspartei zu gewinnen. Seit kein Tag vergeht, wo nicht die sozialdemokratische Zeitung nimmt, bei Wiederabgabe lokaler Ereignisse und Besprechungen alljährlicher Versammlungen das Gift haarscharfer und gefühllos-kleinlicher Verberbung zu verbreiten. Das trifft nicht bloß zu, bei den als besonders radikal bekannten Blättern der Sozialdemokratie in industriellen Bezirken, dem Hauptorgan der Partei in der Reichshauptstadt oder dem wegen ihres eigenartigen Tones zu besonderer „Berühmtheit“ gelangten „Neißeiger Volkszeitung“, sondern wohl ausnahmslos für die gesamte rote Parteipresse. In die kleineren Parteiblätter der Provinz bemühen sich sogar, den großstädtischen in dieser Hinsicht den Rang streitig zu machen. So hat der sozialdemokratische „Thüringische Volksfreund“ vor kurzem unter dem Titel „Anerkenne Schulfreund“ zum Grusse einen Artikel veröffentlicht, der als Musterbeispiel sozialdemokratischer Verberbung der heranwachsenden Jugend gelten muß und zur Beurteilung der Reichshauptstadt und Gemeindefreundschaft der sozialdemokratischen Propaganda weitgehendste Verbreitung verdient. Er lautet:

„Sonntag den 27. Mai die Schulkinder im Schloß, als ihr zum letzten Mal der Hingebung den Rücken kehrt. Nach achtjähriger Kerkerhaft greift ihr das Licht und die Freiheit. Nie mehr werdet ihr den Fuß auf die Stätte, die euch acht lothbare Jahre euren jungen Lebens raubte. Wandert mit mir zurück bis zu dem Tage, wo ihr in eifersüchtiger Besessung zum ersten Mal über die Schwellen der Schule tratet. Unwissend, in ungetrübtem kindlichen Vertrauen, mit neugierigen Blicken, mit lauschend Fragen auf den Lippen und freudiger Hoffnung im Herzen: so grüßte ihr die Schule. Ihr kommt in eine neue Welt. In eine Welt, die, abgeschlossener vom gemächlichen Strom des Lebens, wie eine vereinzelte, trübselige Insel im weiten Meer ist. Was ihr dort erleben werdet, eine um die andere habt ihr trauernd zu Grabe tragen müssen. Ihr verlangt nach Wissen, das euren Geist stärken und erfrischen sollte — aber die Schule gab euch Steine statt Brot. Ihr seht euch nach fröhlichem Spiel — aber die Schule schenkte euch ein. Ihr mollet Aufführung über die laute Reden der Natur und des menschlichen Lebens — aber die Schule umwehte eure Sinne mit dem Modergeruch längst verunkelter Zeiten. Ihr wolltet euren Fortschritt erwidern und das Geschehen im Weltgeschehen erkennen — aber die Schule erüllte euren Geist mit dem Gedächtnisraum und warf euch auf unheimlich hohem Boden hin, die euren Geist keine Nahrung waren. Eure Eltern wollten, daß ihr zu willensstarken Menschen erzogen würdet — aber die Schule ludte euch Niedrigkeit zu brechen und euren Willen zu lösen; sie zwang euch zum blinden Gehorsam und ludte euch zu Elenden zu machen. Euer Geist verlangte nach wertvoller Lektüre — aber die Schule setzte euch Tag für Tag hinter das Lebensbild, bei dessen Kolumen Anblick euch schon das Wachen berief. Ihr wolltet eure jungen Glieder dehnen und üben und haben — aber die Schule zwang euch zum handlungslosen Stillstehen. So mögt ihr hindrücken, wohin ihr wollt: überall steht ihr, daß die Schule nicht gehalten hat, was ihr euch von ihr versprochen, da sie an euch fündigte, eurer Entwidlung hinderlich war. Jetzt habt ihr der Schule Lebensbild gesagt, und ihr werdet bald genug erfahren, daß die diesen Lebensbild erst über euch werfen muß, wenn ihr den Stützen des Lebens, die euch umbrauen werden, trocken müßt. Der Kampf des Lebens erfordert anderes Nützige und andere Waffen. Was euch die Schule gab, sind noch nicht einmal Schwere aus Pappe. Wohl! Ihr jungen Streiter: macht euch ans Werk, unüberwindliche Waffen fürs Leben zu schmieden.“

Jeder Kommentar ist überflüssig. sch.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die „Verhältnisse“ der Ausgewiesenen.
Die Meldungen über Verhältnisse ausgewiesener Italiener sind, wie ein Telegramm aus Konstantinopel besagt, falsch. Bis jetzt sind überhaupt nur wenige Italiener abgereist; lediglich in Smyrna haben, wie ver-

lautet, die Behörden von einigen Italienern die Zahlung der Gewerbesteuer verlangt.

Eine weitere Meldung aus Konstantinopel besagt: Bis Montag Abend hat das deutsche Konsulat nur etwa fünfzig Fälle mit besonderen Zertifikaten, die die Ausweisung befehligen, für Italiener ausgegeben. Es ist jedoch nicht bekannt, ob alle diese Italiener abgereist sind. Voraussichtlich wird von heute, Mittwoch, an der Andrang beginnen. Infolge der für die Dauer des Krieges erfolgten Aufhebung der Konsultationen gegenüber Italien mußten die Italiener die Gewerbesteuer für das erste Halbjahr entrichten. Die Behörden treiben nun von einigen Italienern auch die zweite Halbjahrsrate ein, obwohl die Befreienden abreisen müßten. In Smyrna mußten einige Italiener ihr Mobiliar zu niedrigen Preisen verkaufen, um den Mietzins und die Immobiliensteuer zu zahlen zu können. Von anderen angeblichen Bedrückungen ist in hiesigen beteiligten Kreisen nichts bekannt.

Die Italiener auf den Inseln des Ägäischen Meeres.
Die Italiener, die auf Rhodos eine italienische Behörde einlegten, haben die Einrichtung von Garnisonen und Behörden auf den übrigen besetzten Inseln unterlassen. Viceadmiral Reschitto hat eine Proklamation an die Bevölkerung von Kalymnos erlassen des Inhalts, daß die Verwaltung wie unter der türkischen Regierung beibehalten und die Insel bis auf weiteres steuerfrei bleiben werde, daß ferner die Besitztümer der türkischen Regierung auf die Italienerverwaltung übergeben würden. Italienische Schiffe würden die Insel häufig besuchen, um die Bewohner zu schützen.

Coscia bombardiert.
Wie die „Agenzia Stefani“ aus Venghali meldet, hat der Kreuzer „Etruria“ am 27. des Coscia, den Ort, wo sich gewöhnlich die feindlichen Beduinen versammeln, erfolgreich bombardiert.

Neue verlustreiche Kämpfe.

Die römische „Agenzia Stefani“ meldet aus Tobruk unter dem 28. Mai: Gestern früh marschierten die Truppen aus, um die Arbeiten zu beschleunigen und das Fort am Meer zu beenden, sowie einen für ein anderes neues Fort geeigneten Platz zu erkunden. Die mit dieser Arbeit betrauten Mannschaften, die bis jenseits des Bassi Ando vorgedrungen waren, wurden von zahlreichen Beduinen und vielen türkischen Regularien beschossen. Die Deckungstruppen griffen den Feind kraftlos an und zogen sich zum Rückzug. Darauf kamen andere Truppen aus dem Lager des Feindes den Flüchtlingen zu Hilfe, aber auch diese wurden infolge einer Umgebungsbeziehung, die von dem 20. Infanterie-Regiment ausgeführt wurde, genötigt, sich zurückzuziehen. Die Italiener hatten zwei Tote und drei Verwundete, die Verluste des Feindes waren, wie durch Augenzeugen festgelegt wurde, sehr beträchtlich. Die Arbeiten wurden nach diesem Zwischenfall wieder aufgenommen und gingen dann ungehindert vonstatten.

Deutsches Reich.

Reichswohnungsgezet und preussisches Wohnungsgezet.
Vor kurzem gelangte im Reichstage eine Resolution zur Annahme, in der eine ganze Reihe von Punkten aufgezeigt war, die durch ein Reichswohnungsgezet zu regeln wären. Hierher gehörten u. a. Schaffung eines Reichswohnungsamtes, Festsetzung von Mindestanforderungen an Wohnungen usw. Wie die „B. V. R.“ hören, dürfte die Schaffung eines Reichswohnungsgezetes nicht in Frage stehen. Wenn auch die Reichsregierung den Vorschlägen und Anregungen aus dem Reichstage bisher das größte Interesse entgegengebracht hat, so heißt sie doch auf dem Standpunkte, daß die Wohnungsfrage von den Bundesregierungen zu lösen sei. In Preußen ist auch bereits ein neuer Entwurf aufgesetzt worden, nachdem die einzelnen Meistorts sich über die Grundzüge zu einem solchen Gezet verständigt hatten. Zurzeit schweben noch Erwägungen darüber, ob der Entwurf eine Erweiterung in der Richtung erfahren soll, daß durch eine Einwirkung auf angemessene Gebührensatzung der Bodenpreise und auf eine Verbilligung des Bauens das Wohnen selbst mehr als bisher verbilligt werden kann. In dem neuen Wohnungsgezet, dessen Einbringung in den preussischen Landtag noch von der Stellungnahme der Reichsregierung abhängt, sollen vor allem auch die sanitären und feuerlichen Maßnahmen in den Wohnungen der Großstädte beachtet werden, was, wie vielfach gewünscht wurde, auf dem Wege einer Erweiterung der polizeilichen Befugnisse zurzeit nicht möglich ist. So wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, dürfte auch mit einer Übertragung der Wohnungspolizei auf die Gemeinden in den großen Städten und namentlich in Berlin und Ulmgedung nicht viel erreicht werden. In dem Gezet dürften weiterhin auch Maßnahmen vorgeesehen werden, durch die der Weg gewiesen wird, wie für Leute, denen die Wohnung entzogen werden muß, weil sie auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zu sonstigen und sit-

lichen Bedenken Veranlassung gibt, eine aber weitige Unterkunft zu schaffen ist. Ein Punkt, der bei der Lösung der Wohnungsfrage eine wichtige Rolle spielt, betrifft die Festlegung der Baupläne, durch welche von Grund aus dahin gewirkt werden kann, daß die Wohnungsverhältnisse durchweg eine Besserung erfahren und daß der vielfach vorhandene Überfüllung von Wohnungen vorgebeugt wird.

Wiederholte Gesandtschaften zum Stapellauf des „Imperator“.
Aus Hamburg, 28. Mai, geht uns folgendes B. V. R. Telegramm zu: In einigen englischen Blättern ist in den Meldungen über den Stapellauf des Dampfers „Imperator“ behauptet worden, daß Seine Majestät der Kaiser dabei einem hässlichen Unfall mit genauer Not entgangen sei. Es sei bei dem Stapellauf ein Feuer ausgebrochen und durch einen Brand davon in der unmittelbaren Nähe des Kaisers zu sehen gewesen. Diese Meldung ist, nicht nur, soweit sie sich auf eine Gefährdung der Person des Kaisers bezieht, sondern auch auf sich in allen Einzelheiten unrichtig. Zunächst ist festzustellen, daß der Kaiser, wie bekannt, sich beim Stapellauf mehrere hundert Meter von dem Stapelplatz entfernt und durch einen der großen Seitenbeden davon getrennt auf einem Kai der Hamburg-Amerika-Linie, also überhaupt nicht auf dem Vulkan-Werft, befand. Es ist weiter festzustellen, daß bei dem Stapellauf überhaupt nicht der geringste Unfall und nichts Unvorhergesehenes sich ereignet hat, insbesondere die Mitteilung von dem Brand eines Meie beim Ablassen des Schiffes und dem Herunterfallen eines Stückes dieser Meie auf die Werft ein völlig frei erfundenes Märchen ist.

Reise Dr. Solfs nach Deutsch-Südwest.
Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, hat der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf eine etwa viermonatige Dienstreise nach Deutsch-Südwestafrika und den englischen Kolonien Südafrikas angetreten.

Zum Festhalten des Dr. v. Kopp.
Wie die „Schlesische Volkszeitung“ erzählt, nimmt die Wundheilung bei dem Kardinal-Rüchthof Dr. v. Kopp einen normalen Verlauf. Der durch die schwere Erkrankung naturgemäß erheblich beeinträchtigte Herzschlag des Kardinal-Rüchthofs bessert sich langsam.

Der Jahresbericht der Kongress-Kommission.
Nach einer offiziellen Meldung aus dem französischen Ministerium des Auswärtigen ist beabsichtigt, den Zeitpunkt für den Jahresbericht der deutsch-französischen Kongress-Kommission bis zum 5. Juni zu verschieben, da das für die Arbeiten der Kommission erforderliche Material voraussichtlich erst bis dahin fertiggestellt sein wird.

Kein obligatorischer Schwimmunterricht an Staatschulen.
Es wurde gemeldet, daß das Kultusministerium in diesem Sommer die obligatorische Einführung des Schwimmunterrichtes an allen Schulen des preussischen Staates beabsichtigt. Wie der „N. F.“ demgegenüber mitgeteilt wird, ist diese Mitteilung unrichtig. Im Kultusministerium besteht ein derartiger Plan, an allen preussischen Staatschulen die obligatorische Einführung des Schwimmunterrichts in die Wege zu leiten, nicht, da sich der Ausführung des Planes in sehr vielen Städten bedeutende Schwierigkeiten entgegenstellen würden.

Ausland.

Moskoo.

Der Angriff auf Fez zurückgeführt. — Truppennachschube.
Im französischen Ministerium am 28. Mai unter dem Vorsitz des Präsidenten Fallières brachte Ministerpräsident Poincaré Telegramme des Generals Spaurer zur Kenntnis des Inhalts, daß der Angriff auf Fez zurückgeführt worden und die Angreifer bedeutende Verluste erlitten haben. — Auf die Bitte Spaurers werden neue Verstärkungen, bestehend aus Kolonialinfanterie, Schützen, Schwabjäger und Gebirgsartillerie, nach Marokko entsandt werden, so daß der Effektivebestand der dortigen Truppen sich auf 47 000 Mann erhöht.

Das ganze Reich gegen die Christen.
Aus Mexiko wird amtlich gemeldet: Briefe, die von Stämmen der im Umgegend von Fez auf die Karfa vor Mexiko gelangt sind, fordern die Rikente auf, den Kampf gegen die Spanier fortzusetzen und deren Stellungen anzugreifen, da das ganze Reich sich gegen die Christen erhoben habe. Der Generalkapitän führt diese Briefe auf die Erregung zurück, die unter der durch Kontingente aus dem Innern verstärkten Karfa bemerkt worden sei.

Die Luftschiffahrt.

Luftschiffahrt-Kongress.
In Genf wurde der Zweite Internationale Kongress für Luftschiffahrt am Dienstag eröffnet.

Aus Nah und Fern.

Zur „Titanic“ Katastrophe.
Senator Smith hielt am Dienstag in Washington eine Rede, durch die er den Senat mit den Ergebnissen der von dem Senatkomitee geleiteten Untersuchung der „Titanic“-Katastrophe bekannt machte. Er teilte das englische Sonderkomitee, das durch seine Nachsicht für das Unglück stark verantwortlich sei. Der Kapitän Smith habe sich schuldig gemacht, durch seine

